

Für die Ressorts Wissenschaft/Forschung/akademisches Leben

Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.

Öffentliche wissenschaftliche Veranstaltungen im Mai 2013

Do. + Fr., 02.-03. Mai 2013

Leibniz-Institut für interdisziplinäre Studien e. V.: Forum Adlershof, Rudower Chaussee 24, 12489 Berlin

15th Leibniz Conference of Advanced Science: **Erneuerbare Energien 2013**

Programm und Anmeldeblatt s. Anlagen 1 + 2

Do., 16. Mai 2013

Klasse Naturwissenschaften: 10.00 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (U-Bahnhof Turmstraße), BVV-Saal

Vortrag Prof. E.h. Dr. Christian Kohlert (Oberahr): **Sicherheit gegen Produktfälschung – wissenschaftlich-technische Mittel/Methoden gegen Plagiate und Produktpiraterie**

C.V.:

Prof. Kohlert (59) ist Verfahrenstechniker und Mitglied der Leibniz-Sozietät seit 2011. Nach dem Studium an der TH Merseburg und einer Tätigkeit am Leningrader Technologischen Institut (Promotion 1978) war er bis 1991 wissenschaftlicher Oberassistent an der TH Merseburg. Seitdem arbeitet er bei der Klöckner Pentaplast GmbH in Montabaur: zunächst als Entwicklungsingenieur, seit 2005 als Direktor für Prozesstechnologie sowie als Projektmanager Russland. 1998 berief ihn die TU St.Petersburg zum Ehrenprofessor; seit 2008 gehört er der Internationalen Akademie der Wissenschaften des Hochschulwesens (IHEAS) mit Sitz in Moskau an. Er verfügt über 8 russische und 27 internationale Patente, ist Autor von 7 Büchern oder Buchbeiträgen und 49 Artikeln und hat bisher 18 Dissertationen sowie 100 Diplom- und Masterarbeiten betreut.

Abstract:

Produktfälschung ist heute kein Kavaliersdelikt mehr, werden doch teure Forschungsaufwendungen nicht in Verkaufsmengen umgesetzt, gehen Nutzeffekte für die Kunden verloren und kommen Arzneimittel mit fehlenden oder minderwertigen Wirkstoffen in Umlauf.

Der Schutz von Produkten gegen Fälschung steht deshalb heute im Mittelpunkt vieler Diskussionen und Entwicklungen. Damit ist sowohl der Schutz eigener Produkte, wie Kreditkarten, elektronische Erzeugnisse oder Tonträger, als auch der Schutz von Produkten vermittels der Verpackung - z.B. wirkungsvolle Pharmaprodukte oder hochwertige Lebensmittel - zu verstehen.

Der Markt fordert deshalb zu Recht einen Fälschungsschutz, der sich auf einfache Weise in das Produkt oder die Verpackung einbringen lässt sowie es erlaubt, die Originalität des Produktes leicht und eindeutig wiederzuerkennen.

Klöckner Pentaplast als der führende Hersteller von innovativen Hartfolien für Verpackungszwecke und technische Anwendungen beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit der Aufgabe, Verpackungsfolien so zu kennzeichnen, dass sie wiedererkennbar für den Folienhersteller und nutzbar als Produktschutz für den Verarbeiter werden. Dazu wurden herkömmliche Systeme auf ihre Anwendbarkeit geprüft, eigene Ideen entwickelt und großtechnisch umgesetzt.

Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften: 10.00 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (U-Bahnhof Turmstraße), Balkonsaal

Vortrag Prof. Dr. Norman Paech (Hamburg): **Das Recht zum Krieg – zu neuen Entwicklungen in der Völkerrechtsdiskussion der BRD**

C.V.:

Prof. Paech (75) ist Rechtswissenschaftler. Nach dem Studium der Geschichte und des Rechts an den

Universitäten Tübingen, München, Paris und Hamburg (Promotion 1965) absolvierte er noch ein Zusatzstudium am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik Berlin. Das befähigte ihn zur Arbeit im Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung in Bonn (1968 bis 1972). Danach war er für zwei Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) in Hamburg. 1975 wurde er zum Professor für Politische Wissenschaft an der Einstufigen Juristenausbildung der Universität Hamburg berufen, 1982 zum Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

1969 bis 2001 war er SPD-Mitglied, 1972 bis 1973 gehörte er dem Juso-Landesvorstand Hamburg an. 1977 bis 1986 war er der Vorsitzende der Vereinigung demokratischer Juristen (VDJ) in der BRD. 2007 trat er der Partei DIE LINKE bei, war 2005-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Prof. Paech engagiert sich außer in der VDJ in der "Freundschaftsgesellschaft Vietnam-BRD", im Wissenschaftlichen Beirat von "International Association of Lawyers against Nuclear Armement" (IALANA) und von "International Physicians for the Prevention of Nuclear War" (IPPNW) sowie bei Attac und im Auschwitz-Komitee.

Jüngste Veröffentlichung: Paech, Stuby, Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, VSA-Verlag, Hamburg 2013.

Abstract:

Die Epoche seit dem Untergang der Sowjetunion und der Auflösung des Machtgleichgewichts zwischen Ost und West wird durch eine stärkere militärische Interventionspolitik der atlantischen Mächte weltweit gekennzeichnet. Die erhoffte „Friedensdividende“ hat sich nicht eingestellt. Die strenge Eingrenzung staatlicher Gewaltausübung durch Kriegsverbot (Briand-Kellogg-Vertrag 1928) und Gewaltverbot (UNO-Charta 1945) widerspricht den Plänen nach Neuordnung der postkolonialen Welt.

Wissenschaft und Politik arbeiten durch die Wiedereinführung alter (humanitäre Intervention) und Formulierung neuer (responsibility to protect, Antiterrorkampf) Rechtfertigungskonstruktionen daran, die engen Regeln des Kriegsverbots durchlässig zu gestalten, um die Differenz zwischen rüstungstechnologischer Kriegsfähigkeit und juristischer Kriegsmöglichkeit zu überwinden. Die jahrzehntelange Förderung und Zusammenarbeit mit nachkolonialen korrupten und kriminellen Eliten und Regierungen hat sich nicht als dauerhaft erwiesen. Ihre Beseitigung ruft die alten Kolonialmächte auf den Plan, die ihre nach wie vor bestehenden ökonomischen und strategischen Interessen auch militärisch sichern wollen. Deshalb erklären alle Militärstrategien der atlantischen Mächte die Sicherung ihrer Handels- und Rohstoffinteressen zur legitimen Aufgabe der Streitkräfte. Das Bemühen, den Entzug des staatlichen Gewaltmonopols und seine Übertragung auf die UNO zu lockern und das alte Recht auf Krieg wieder zu öffnen, spiegelt die alte koloniale Konfrontation wieder. Denn wo der Schutz vor der übermächtigen militärischen Gewalt nur noch durch das Recht möglich ist, zerstört die Erosion dieses Rechts die Sicherheit und Souveränität der schwachen Staaten.

Plenum: 13.30 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (U-Bahnhof Turmstraße), BVV-Saal

Vortrag Prof. Dr. Peter Brandt (Hagen): **Zur Verfassungsrechtsproblematik in Europa**

C.V.:

Prof. Brandt (64) ist Politikwissenschaftler. Nach dem Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre sowie der Promotion an der FU Berlin arbeitete er ebendort als Assistent sowie als freier Publizist bis zur Habilitation. Seit 1989 hat er an der FernUniversität Hagen eine Professur für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte inne; seit 2002 ist er dort auch Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften. Er ist Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung und Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft. 2009 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Am vierbändigen "Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte" ist er als Mitherausgeber beteiligt, außerdem gibt er das Online-Magazin „Globkult“ heraus. Er ist Autor zahlreicher Buch- und Zeitschriftenpublikationen zu diversen Themen der europäischen, insbesondere der mittel- und nordeuropäischen Geschichte seit dem 17. Jahrhundert; allein in den letzten fünf Jahren kam er auf 21

Veröffentlichungen.

Abstract:

Seit 2004/06 erscheint unter der Mitherausgeberschaft des Referenten das „Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert“ mit Quellen-CD-ROM. Neben den vier Bänden für den Zeitraum von etwa 1770 bis 1914 wird eine zweite Reihe für das 20. und frühe 21. Jh. vorbereitet.

Der Vortrag fußt auf der Konzeption des Handbuch-Projekts, dem ein erweiterter und empirischer, an die Gesellschaftsentwicklung angebundener Verfassungsbegriff, die flächendeckende Behandlung ganz Europas (einschließlich Russlands und des Osmanischen Reiches), ein einheitliches Raster mit zwölf gleichbleibenden Gliederungspunkten (wie „Wahlrecht“ und „Finanzen“) der diversen Länderbeiträge sowie die Verbindung von Darstellung und Dokumentation zugrunde liegen.

Das 19. Jh. war das Jahrhundert des Konstitutionalismus schlechthin. An seinem Anfang stand der Durchbruch zur Verfassungsstaatlichkeit im modernen Sinn überhaupt, an seinem Ende der sich abzeichnende Durchbruch zum Parlamentarismus und – nicht damit identisch – zur politischen Demokratie (auch wenn diese zwischen den späten 20er und den frühen 40er Jahren des 20. Jh. noch einmal in die Defensive geriet). Dabei lassen sich, trotz aller nationalstaatlichen Eigenentwicklungen, Diskrepanzen und Ungleichzeitigkeiten, so etwas wie große europaweite Verbindungslinien, etwa in Gestalt bestimmter Verfassungswellen und auch Verfassungsregionen, ausmachen.

Verfassungsgeschichte ist nicht zuletzt Verfassungs-Rechtsgeschichte (sowohl im formellen wie im materiellen Sinn), wobei das Recht als eine eigene, relativ autonome und auf die anderen Bereiche zurückwirkende Sphäre des gesellschaftlichen Lebens verstanden wird. Verfassungsgeschichte kann aber nicht in der Verfassungs-Rechtsgeschichte aufgehen, wenn sie auch nur die Entwicklung der politischen Strukturen im engeren Sinn untersuchen will. Darüber hinaus muss sie das Spannungsverhältnis thematisieren, das sich seit dem 18. Jh. zwischen der Beharrungstendenz des rechtlich oder gewohnheitsrechtlich fixierten politischen Systems und der Dynamik des permanenten, sich beschleunigenden wirtschaftlich-sozialen Wandels auftat. Von daher würde sich die Teildisziplin Verfassungsgeschichte nicht so sehr durch die Ausgrenzung der sozialen Strukturen und Prozesse, sondern durch den spezifischen Gesichtspunkt, unter dem die gesellschaftliche Entwicklung betrachtet wird, von anderen Teildisziplinen wie der Sozialgeschichte und der Politikgeschichte unterscheiden.

Fr., 31. Mai 2013

Jahrestagung 2013: 10.00 bis 17.00 Uhr, Universität Potsdam, Standort Griebnitzsee, August-Bebel-Str. 89

Inklusion im Bildungswesen

Programm s. Anlage 3

Auch zu diesen Veranstaltungen sind Vertreter Ihrer Redaktion herzlich eingeladen. Wir würden uns freuen, wenn die obige Information in Ihre Publikation oder in eine von Ihnen veröffentlichte Terminübersicht einfließen würde. Weitere Informationen über die Leibniz-Sozietät finden Sie im Internet unter <http://www.leibnizsozietat.de>, wo Sie die neuesten Informationen auch per RSS abonnieren können. Für Rückfragen und weitergehende Wünsche wenden Sie sich bitte an Dr. Helmut Weißbach, Hendrichplatz 31, 10367 Berlin, Tel. (030) 423 03 50, e-mail hbweissbach@freenet.de.